

9. November 2007

Kurzzusammenfassung

Das DDR-Bild von Berliner Schülern

Mit einer breiten, vergleichend angelegten Schülerbefragung versuchte der Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin herauszufinden, ob bei Schülern in der 9. bis 11. Klassen in Ost- und Westdeutschland ein gleiches Bild der DDR existiert oder ob sich die gespaltenen Sichtweisen älterer Generationen herkunftsspezifisch fortsetzen. Darüber hinaus wollten wir wissen, wie die Schüler die beiden deutschen Teilstaaten im direkten Vergleich bewerten. Über 5.000 Schüler füllten in vier Bundesländern einen umfangreichen Fragebogen aus. Zusätzlich wurden mit ausgewählten Schülern Gespräche geführt. Die Auswertung der Berliner Befragung, an der knapp 2.400 Schüler in etwa gleichem Verhältnis aus Ost- und West-Berlin teilnahmen, liegt nun vor und brachte überraschende Ergebnisse.

Die Schüler aus dem Ost- und dem Westteil der Stadt haben, glaubt man ihren Angaben, zumindest drei Dinge gemeinsam: Sie unterscheiden sich nicht in der politischen Selbsteinstufung, wissen wenig über die DDR und beklagen, in der Schule würde dieses Thema kaum oder überhaupt nicht behandelt. Nicht einmal jeder fünfte Schüler gibt an, viel über die DDR zu wissen, erstaunlicherweise gleichermaßen in Ost und West. Aber immerhin knapp 60 % wünschen, mehr über die DDR auch in der Schule zu erfahren.

Die von uns befragten Schüler ordnen sich etwa zur Hälfte politisch der Mitte zu, gut 40 % fühlen sich dem linken und nur gut 8 % dem rechten Spektrum mehr oder weniger zugehörig. Allerdings können nicht alle Schüler zwischen „links“ und „rechts“ im tradierten Sinne differenzieren. In den Parteipräferenzen treten die Ost-West-Unterschiede stark hervor, insbesondere bei den Bündnis-

Grünen und der PDS. Im Ostteil der Stadt fällt das Ergebnis für die Bündnis-Grünen, die im Westteil auf über 20 % kämen, deutlich niedriger aus, das für die PDS im Westteil sogar katastrophal: Sie erzielte weniger als 5 % – gegenüber 18 % im Ostteil.

Im ersten inhaltlichen Teil des Fragebogens wurden die Schüler gefragt, was sie in welchem deutschen Teilstaat besser fanden. Die Palette des geforderten Vergleichs erstreckte sich von Urteilen über das politische und gesellschaftliche System bis hin zu Alltagsfragen wie Discos oder öffentliche Verkehrsmittel. Im Ergebnis stehen geradezu eklatante Ost-West-Unterschiede.

Die häufigsten positiven und negativen Eigenschaften, die den beiden Gesellschaftssystemen zugesprochen werden, beziehen sich auf eher unpolitische Aspekte. Bei der Betrachtung der DDR werden Mietpreise, Ausbildungsplätze sowie die Kindergarten- und Schulbetreuung besonders positiv gewertet, der Bundesrepublik werden die Reise- und Einkaufsmöglichkeiten, das gute Leben sowie – als einzige politische Dimension – die Pressefreiheit zugute gehalten. Auf der Negativseite der Bundesrepublik stehen der mangelhafte Familienzusammenhalt, die Mietpreise und die fehlende Hilfsbereitschaft. Der DDR werden unzureichende Reise- und Einkaufsmöglichkeiten sowie die nicht vorhandene Pressefreiheit angekreidet.

Bei den eher den Alltag der Menschen betreffenden Fragen, die die meisten Schüler wahrscheinlich vor ihrem eigenen familiären Hintergrund beantwortet haben, schneidet die verblichene DDR in Ost-Berlin sehr gut und im Westteil zumindest besser als die Bundesrepublik ab. Allerdings gründen die Urteile zum Teil auf unterschiedlichen Annahmen. West-Berliner Schüler halten den Zusammenhalt in der Familie und die Hilfsbereitschaft in der DDR häufig für besser bzw. ausgeprägter, weil sie vermuten, die Menschen hätten sich notgedrungen gegenseitig mehr helfen müssen als in der Bundesrepublik. Ihre Ost-Berliner Schülerkollegen dagegen verweisen oft auf bessere Rahmenbedingungen und einen insgesamt sozialeren Umgang der Menschen miteinander.

Ein anderer Blick und die unterschiedliche Begründung werden auch bei dem Thema „Kinderbetreuung“ deutlich. Ost-Berliner Schüler fällen ihr Urteil angesichts des flächendeckend vorhandenen Angebots an Kinderbetreuungsplätzen und halten mit absoluter Mehrheit die Verhältnisse in der DDR für besser, West-Berliner Schüler beziehen die Qualität und die individuelle Entscheidungsfreiheit mit ein und favorisieren mit relativer Mehrheit die bundesrepublikanischen Verhältnisse. Das gleiche Ergebnis sehen wir bei den Freizeitangeboten für Jugendliche, deren Gestaltung in der DDR im Westteil mehrheitlich abgelehnt, im Ostteil mehrheitlich im Nachhinein befürwortet wird. Selbst dort, wo sich eine

jeweilige Mehrheit in der Bewertung einig ist, differieren die Anteile beträchtlich. So erhält zum Beispiel das bundesrepublikanische politische System von einer Mehrheit in beiden Stadtteilen bessere Noten, im Westteil von etwa 81 %, im Ostteil dagegen nur von 53 %. Eine nahezu spiegelverkehrte Sicht haben die Schüler in der Einschätzung der sozialen Gerechtigkeit, die nach Meinung einer Mehrheit der Ost-Berliner Schüler in der DDR besser verwirklicht war, nach der einer sehr großen Mehrheit der West-Berliner jedoch in der Bundesrepublik.

In der vergleichenden Bewertung von Staat und Gesellschaft sehen wir bei den befragten Schülern ein doppelt gespaltenes Bild der beiden deutschen Staaten. West-Berliner favorisieren auf nahezu allen Feldern die alte Bundesrepublik, Ost-Berliner Schüler mehrheitlich die DDR, trennen jedoch zwischen eher allgemeinen politischen Dimensionen, bei denen auch sie mehrheitlich mit allerdings deutlich geringeren Anteilen die Bundesrepublik präferieren, und eher sozialpolitischen und alltäglichen, wo sie der DDR den Vorzug geben.

Viele Ostdeutsche bewerten bei Umfragen oder im persönlichen Gespräch die beiden deutschen Staaten als gleichrangig, indem sie dem einen Staat diese, dem anderen jene Vorzüge und Nachteile zuordnen. Den Gegensatz von Demokratie und Diktatur ebenso wie den von Freiheit und Unfreiheit heben sie – gleichsam dialektisch – in der Behauptung auf, die beiden Staaten seien zwar anders gewesen, aber keiner könne in der Gesamtschau als besser oder schlechter beurteilt werden. Diese Äquidistanz gegenüber der DDR und der Bundesrepublik teilt im engeren Sinne nur eine kleine Minderheit von etwa jedem zwanzigsten Schüler, in einem weiteren Sinne aber gut jeder dritte. Hierzu gehören überdurchschnittlich viele Ost-Berliner und Gesamtschüler. In beiden Gruppen liegt die Ablehnung einer gleichwertigen Einordnung von DDR und Bundesrepublik knapp unter 50 %. In West-Berlin lehnen dagegen knapp drei Viertel eine Gleichsetzung der beiden Systeme ab und votieren damit implizit für die Bundesrepublik. Die starke Minderheit der „Neutralen“ möchte mit ihrer Haltung offensichtlich ausdrücken, dass sie zwar Unterschiede zwischen den beiden Systemen sieht und der DDR etwas kritischer als der Bundesrepublik gegenüber eingestellt ist, aber dennoch ein eindeutiges Votum für die Bundesrepublik oder die DDR verweigert. Diese Haltung nehmen im Ostteil der Stadt immerhin knapp 42 %, im Westteil gut 25 % ein.

Neben der vergleichenden Bewertung von alter Bundesrepublik und DDR fragten wir mittels verschiedener Teilskalen das konkrete Urteil über verschiedene Dimensionen der DDR ab. Mit jeweils drei oder vier Aussagen sollte der Blick auf Politik und Gesellschaft der DDR erforscht werden. Gefragt wurde nach der Einschätzung von Sozial- und Wirtschaftspolitik, von Schule und Alltag, Jugend

und Familie sowie nach Außenpolitik und generell nach dem Charakter der Diktatur und der Repression.

Die DDR punktet insbesondere bei der Sozialpolitik und – etwas abgeschwächt – ausgerechnet bei der Wirtschaftspolitik. Knapp drei Viertel der Schüler – im Ostteil sogar knapp 85 % – haben ein positives oder unentschiedenes Bild von der DDR-Sozialpolitik. Selbst in West-Berlin schließen sich diesem mehr oder weniger ausgeprägten Lob für den SED-Staat knapp zwei Drittel der Befragten an.

So stimmen zum Beispiel mehr als drei Viertel der Ost-Berliner Schüler dem Statement zu, dass es gut sei, wenn der Staat die Löhne bestimme, auch wenn der Wohlstand für alle geringer ausfalle. Selbst im Westteil freundet sich hiermit knapp jeder Zweite an; strikte Ablehnung bekundet nur jeder Fünfte im Westen und jeder Zwanzigste im Osten. Großen Zuspruch erhält auch die Aussage, die Wirtschaft könne nur gut funktionieren, wenn der Staat alles plant und lenkt. Dies lehnt nicht einmal jeder zweite Schüler ab. Die hohe Anspruchshaltung der Schüler gegenüber dem Staat zieht sich wie ein roter Faden durch ihre Antworten, nicht nur in Ost-Berlin, dort aber besonders ausgeprägt. Eine Einschränkung individueller Freiheiten nimmt jeder dritte Ost-Berliner Schüler in Kauf, wenn sich der Staat wie in der DDR um alle Bürger kümmert; von den West-Berliner Schülern verneint lediglich eine knappe absolute Mehrheit diese Vorstellung.

Ein etwas anderes, aber immer noch gespaltenes Bild zeigen die Ergebnisse zum Komplex „Schule und Alltag“. Eine knappe absolute Mehrheit spricht sich gegen die Gestaltung von Schule und Alltag in der DDR aus. Etwa dreimal so viele Ost- wie West-Berliner Schüler präferieren aber im Nachhinein das DDR-Modell. Die immer noch leicht positive Beurteilung durch viele Schüler verdankt die DDR der falschen Annahme, das Schulsystem in der DDR sei durchlässiger als das in der Bundesrepublik gewesen und es hätten dort mehr Schüler als in der Bundesrepublik Abitur machen und studieren können. Woher die Annahme stammt, konnte auch durch die Gespräche nicht eindeutig geklärt werden. Einige Schüler hatten gehört, in der DDR seien Arbeiterkinder besonders gefördert worden. Hieraus schlossen sie auf einen höheren Anteil an Abiturienten und Studierenden. Die Tatsache, dass in den achtziger Jahren der Anteil der Arbeiterkinder unter Abiturienten der DDR niedriger war als in der Bundesrepublik und die Quote der Studierenden ebenfalls deutlich geringer ausfiel, war nahezu allen Schülern unbekannt.

Viele Ost-Berliner Schüler sind nicht in der Lage, eine klare Trennlinie zwischen Demokratie und Diktatur zu ziehen. So verneint nicht einmal jeder zweite die

Aussage, die DDR sei keine Diktatur gewesen, sondern die Menschen hätten sich nur wie überall anpassen müssen. Im Westteil widersprechen immerhin über 60 % dieser Behauptung. Noch erschreckender fallen die Antworten zur Legitimation der DDR-Regierung durch demokratische Wahlen aus. Zwar stimmt dieser Aussage nur eine Minderheit zu, aber viele können diese Frage nicht beantworten, so dass unter dem Strich nur jeder zweite West-Berliner und nicht einmal 40 % der Ost-Berliner Schüler eindeutig eine fehlende Legitimation feststellen. Selbst ehemalige Stasi-Mitarbeiter dürfen sich über ein Ergebnis freuen: Knapp 40 % im Ost- und immerhin noch knapp 25 % im Westteil halten das MfS für einen Geheimdienst, wie ihn jeder Staat hat.

In der Gesamtbewertung der DDR ergibt sich kein eindeutiges Bild: Neben einer knappen absoluten Mehrheit der Schüler, unter ihnen überdurchschnittlich viele West-Berliner und ausländische Schüler sowie Gymnasiasten, die die DDR negativ beurteilen, sehen wir eine andere knappe Hälfte, darunter viele Ost-Berliner, Gesamtschüler und deutschstämmige Zuwanderer, die sich mehrheitlich nicht auf ein Urteil festlegen wollen. Eine absolute Mehrheit in diesen drei Gruppen weist ein neutrales Bild des SED-Staates auf, das gleichermaßen von positiven und negativen Urteilen bei einzelnen Aspekten bestimmt ist.

Ein eher kritisches Bild des SED-Staates haben Jugendliche, die angeben, viel über die DDR zu wissen, und die in der Familie und im Freundeskreis öfter über sie sprechen. Die politische Einstellung hat erstaunlicherweise wenig Einfluss auf die jeweilige Sicht der DDR. Die Parteipräferenz dagegen wirkt sich stärker aus, wobei auf der DDR-kritischen Seite vor allem die Sympathisanten der Bündnis-Grünen und auf der der DDR eher zugeneigten die Anhänger von PDS und NPD stehen.

Neben den bildungs- und herkunftsspezifischen Unterschieden gibt es geschlechts- und altersspezifische. Mädchen neigen häufiger zu einer neutralen Haltung, ältere Schüler sind dagegen deutlich kritischer und entscheidungsfreudiger eingestellt als jüngere. Geradezu eklatant ist die Differenz im Urteil zwischen Gymnasiasten und Gesamtschülern. Während unter Letzteren nicht einmal 40 % den SED-Staat im Gesamturteil negativ sehen, liegt dieser Anteil unter Gymnasiasten bei fast zwei Dritteln.

Der weitgehenden Unterstützung des politischen und gesellschaftlichen Systems der Bundesrepublik durch West-Berliner und ausländische Schüler bei gleichzeitiger Ablehnung der meisten Charakteristika der DDR steht eine eher distanzierte Haltung der Ost-Berliner Schüler dem vereinten Deutschland gegenüber bei einem gleichzeitig milden Blick auf die DDR. Weiterhin werden auch bei jüngeren Generationen Bundesrepublik und DDR als Alternativen be-

trachtet, so dass ein positives Bild der Bundesrepublik zumeist mit einem negativen der DDR korrespondiert und umgekehrt.

Das Bild der Schüler über das geteilte Deutschland gründet weniger auf Wissen denn auf Vermutungen und Vorurteilen. Die unterschiedlichen Milieus wirken in Schule, Familie und Freundeskreis anscheinend stärker als erwartet nach. Ein Annäherungsprozess bei den Geschichtsbildern ist noch nicht zu beobachten.

Der von uns vermutete geringe Kenntnisgrad über die DDR hat sich größtenteils bestätigt: Von den acht Wissensfragen, die wir den Schülern gestellt haben, wurden nur wenige von einer Mehrheit aller Schüler richtig beantwortet. Auch bei diesem Fragebogenkomplex erweist sich die Herkunft der Schüler – West- oder Ost-Berlin oder Ausland – als ausschlaggebend für ihre Antworten. Die Frage nach der höheren Lebenserwartung zum Beispiel beantworten knapp 61 % der West-Berliner, aber nur knapp 38 % der Ost-Berliner Schüler richtig. Gleiches gilt für die Todesstrafe, die eine Mehrheit fälschlicherweise keinem der beiden deutschen Teilstaaten zutraut. Nur 17 % im Ost- und 26 % im Westteil geben mit „DDR“ die richtige Antwort an. Die meisten Lehrer wussten hierüber ebenfalls nicht Bescheid. Einige Ost-Berliner unter ihnen wollten dies selbst nach unserer Erläuterung nicht glauben.

Bei der Frage nach der saubereren Umwelt erhalten wir ein gespiegeltes Ost-West-Bild. Die West-Berliner Schüler halten zu Recht die Umweltpolitik der Bundesrepublik mehrheitlich für besser, die Ost-Berliner fälschlicherweise die der DDR. Überraschenderweise liegt in der Gesamtauswertung die DDR knapp vor der Bundesrepublik, d.h. einer der europaweit führenden Umweltverschmutzer wird von einer relativen Mehrheit der befragten Berliner Schüler als ein dem Kontrahenten überlegener Staat eingestuft. Bei den Gesprächen fiel das Votum für die DDR noch eindeutiger aus. Viele Schüler gaben als Begründung an, in der DDR hätte es weniger Industrie und Autos und einen kontrollierenden Staat gegeben, der der Wirtschaft Auflagen erteilen konnte. Dass der Staat bzw. die SED gerade das Gegenteil veranlasst hat, um die Wirtschaftskraft zu steigern, war den Schülern nicht bekannt.

Die falsche Einschätzung einer relativen Mehrheit der Schüler, in der DDR hätten alle das gleiche Einkommen und Vermögen gehabt, ist vielleicht angesichts der Tatsache nachvollziehbar, dass diese falsche Behauptung in der öffentlichen Debatte immer wieder erwähnt wird. Problematisch, um nicht zu sagen erschreckender, erscheint uns aber zu sein, dass über 40 % der befragten Berliner Schüler – mehr als die Hälfte der Gesamtschüler – nicht einmal wissen, in welchem Jahr die Berliner Mauer gebaut wurde und nur ein gutes Drittel die DDR als ihre Urheberin identifizieren kann. Sie wird von vielen Schülern nur in

Verbindung mit dem Kalten Krieg gesehen, ohne dass die Verantwortlichen bekannt wären.

Während Konrad Adenauer, Willy Brandt, Erich Honecker und Helmut Kohl wenigstens von einer absoluten Mehrheit dem richtigen Staat zugeordnet werden, sind andere Staatsmänner vielen unbekannt. Ludwig Erhard zum Beispiel kennt nur ein gutes Viertel der befragten Schüler als bundesdeutschen Politiker und selbst Helmut Schmidt, der bis zum heutigen Tag an öffentlichen Debatten teilnimmt, wird von nicht einmal jedem zweiten befragten Schüler als Politiker der Bundesrepublik richtig zugeordnet. Eine beträchtliche Minderheit verlegt vor allem westdeutsche Staatsmänner in die DDR. So hält fast jeder dritte Befragte, im Ostteil deutlich mehr als im Westteil, Konrad Adenauer für einen DDR-Politiker und selbst der ehemalige Regierende Bürgermeister und erste sozialdemokratische Kanzler Willy Brandt wird von knapp jedem Fünften im Westteil und mehr als jedem Dritten im Ostteil in die DDR gebeamt.

Von den insgesamt gestellten 18 Wissensfragen konnten etwa 70 % der Ost-Berliner und 65 % der West-Berliner Schüler nur die Hälfte oder weniger richtig beantworten. Über einen hohen oder sehr hohen Kenntnisstand verfügten lediglich gut 8 % der West-Berliner und 4,5 % der Ost-Berliner Schüler. Erwartungsgemäß ist der Wissensgrad über die DDR bei Gesamtschülern eher niedrig, unter Gymnasiasten allerdings erstaunlicherweise auch nicht viel höher.

Für sich genommen, d.h. ohne die vergleichende Auswertung der Befragungen in anderen Bundesländern, lässt sich das zentrale Ergebnis für Berlin zugespitzt wie folgt zusammenfassen:

- Viele Schüler wissen nur wenig über die DDR und die deutsche Teilungsgeschichte, da sie in der Schule anscheinend nur am Rande behandelt wird und im Freundes- und Familienkreis höchstens sporadisch Gesprächsthema ist.
- Die Beurteilung der DDR durch die Schüler erfolgt insofern eher assoziativ, wobei vor allem Ost-Berliner Schüler, die bei den von uns abgefragten Themen über geringere Kenntnisse als West-Berliner verfügen, zu einer Ausblendung negativer Bereiche der DDR neigen. Sie heben insbesondere die positive soziale Dimension der DDR hervor und favorisieren generell einen Staat, der die Wirtschaft umfassend lenkt.
- Zwar steht eine Mehrheit der befragten Schüler hinter dem freiheitlich-demokratischen und pluralen System der Bundesrepublik, aber im Ostteil Berlins und unter den deutschstämmigen zugewanderten Schülern ist es nicht einmal die Hälfte, die ein eindeutiges Votum gegen die DDR und für

die Bundesrepublik abgibt. Wenige Schüler haben ein durchgängig positives DDR-Bild, eine knappe absolute Mehrheit ein eher negatives, aber sehr viele Schüler sind in ihrem Urteil nicht festgelegt, sehen positive wie negative Aspekte der DDR.

- Die Trennlinien zwischen Demokratie und Diktatur sind vielen Schülern überhaupt nicht bekannt. In dem Maße aber, wie konkretes Wissen über die DDR vorhanden ist, steigt auch der Anteil derer, die diese Diktatur nachdrücklich ablehnen.
- Neben alters- und geschlechtsspezifischen Bewertungsdifferenzen springen vor allem die Unterschiede zwischen Ost und West sowie zwischen Gymnasiasten und Gesamtschülern ins Auge. Unter vielen Ost-Berliner Schülern lebt die alte, im Nachhinein idealisierte und auf ihre sozialen Aspekte reduzierte DDR fort, im Westteil wird dieser Staat von einer breiten Mehrheit vor allem als Diktatur mit sozialem Anstrich gesehen.

Monika Deutz-Schroeder/Klaus Schroeder unter Mitarbeit von Uwe Hillmer: Das DDR-Bild von Berliner Schülern. Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 38/2007, Berlin 2007, 15,-- Euro (Schutzgebühr)